

INHALT

1. Dringlichkeitsantrag der Koalitionsfraktionen zum Thema EHEC
2. Dringlichkeitsdebatte über Wahlkreisschneidung wird abgelehnt
3. Finanzsituation des Landes Thema im Landtag
4. IMF Geomar wird Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung
5. Das Bildungs- und Teilhabepaket mit Leben erfüllen!
6. Treffen der Sozialarbeitskreise von Landtagsfraktion und Kieler Ratsfraktion

25.05.2011

Dringlichkeitsantrag der Koalitionsfraktionen zum Thema EHEC Gesundheitsminister Garg berichtet dem Landtag



Ursula Sassen, MdL

Mehr als 200 Verdachtsfälle in Schleswig-Holstein. Davon 59 bestätigte Fälle. Das Gesundheitsministerium geht von einer weiteren Zunahme der Erkrankungen mit dem aggressiven Darmkeim EHEC aus, betonte Gesundheitsminister Heiner Garg im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Besorgnis löse vor allem der unter Umständen schwere Krankheitsverlauf aus, da die genaue Ursache immer noch nicht identifiziert sei. Die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ursula Sassen, machte deutlich, warum die Koalition den Minister um einen Bericht gebeten hatte. „Uns liegt am Herzen, deutlich zu machen, dass die Landesregierung das Problem ernst nimmt und unterstützend dazu beiträgt, Infektionsquellen zu vermeiden, Vorsorge zu treffen und eventuelles schuldhaftes Verhalten zu ahnden.“

Bei besonders schwer verlaufenden HUS – Fällen (hämolytisch-urämische Syndrom) treten akutes Nierenversagen, Blutarmut durch den Zerfall roter Blutkörperchen und Mangel an Blutplättchen auf. In Schleswig-Holstein wurden aus den vergangenen zwei Wochen bisher 21 solcher Fälle bekannt. Die Ursachenforschung laufe auf Hochtouren. Dabei verdichteten sich die Hinweise in Richtung Salat und Gemüse. Rohes Fleisch und Rohmilchprodukte seien eher in den Hintergrund getreten, so der Minister.

Sassen appellierte sowohl an Erzeuger und Händler als auch an Verbraucherinnen und Verbraucher, sich der Eigenverantwortung bewusst zu sein. Hygienevorschriften müssten eingehalten werden und auch bei der Zubereitung von Speisen habe man größte Sorgfalt walten zu lassen. „Eine sachliche Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher ist daher zwingend erforderlich. Weder Panikmache noch Gleichgültigkeit sind geeignet das Problem in den Griff zu bekommen“, so die Abgeordnete.

Abschließend konnte Minister Garg beruhigen: „Die medizinischen Kapazitäten des Landes reichen aus, um alle Erkrankten zu versorgen.“

Aktuelle Informationen finden Sie auf der Seite des Gesundheitsministeriums unter: <http://www.schleswig-holstein.de/MASG/DE/Service/Presse/PI/Functions/aktuelleMedieninformationen.html>

Dringlichkeitsdebatte über Wahlkreisschneidung wird abgelehnt **Bernstein: Showdebatte gehört nicht ins Plenum**



Dr. Axel Bernstein, MdL

CDU und FDP lehnten heute eine von der SPD-Fraktion beantragte Dringlichkeitsdebatte über die nötige Neuschneidung von Wahlkreisen ab.

„Der Wahlkreisausschuss, der unter der Leitung der Landeswahlleiterin tagte, hat mit breiter Mehrheit von 7:4 Stimmen entschieden. Die Entscheidung in der Sache wurde in der letzten Sitzung auf Grundlage eines schriftlichen Antrages von CDU und FDP getroffen“, erklärte dazu der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Axel Bernstein. In der abschließenden Sitzung am Freitag gehe es lediglich um die straßengenaue Einteilung in Kiel, Lübeck und Schwentinental, die aufgrund fehlender Daten aus den Kommunen noch nicht vorgenommen werden konnten.

Die Fraktionen von SPD, Grünen und LINKEN hätten sich mit ihren Vorschlägen nicht durchsetzen können. Das sei das Ergebnis einer demokratischen Abstimmung nach intensiver sachorientierter Beratung. Bernstein betonte, dass die CDU mehrere Versuche unternommen habe, auch mit der SPD zu einem Kompromiss zu kommen.

„Die SPD zeigte keine Bereitschaft sich zu bewegen und erklärte noch vor der Sitzung in die TV-Kamera, was für sie nicht verhandelbar sei. Auch heute nicht. Eine Showdebatte, in der Herr Stegner einmal mehr Krokodilstränen über eine Abstimmungsniederlage vergießt, ist nicht dringlich“, so Bernstein abschließend.

Finanzsituation des Landes Thema im Landtag Konsequenter Sparkurs wird fortgesetzt



Tobias Koch, MdL

Die SPD-Fraktion nahm die jüngste Steuerschätzung zum Anlass, eine Debatte über die erforderlichen Konsequenzen zu beantragen. SPD-Fraktions- und Landeschef Ralf Stegner macht jedoch deutlich, wo die SPD neue Ausgabenschwerpunkte setzen will und forderte dafür zusätzliche Mittel durch die Bundesebene.

CDU-Fraktionschef von Boetticher konterte: „Im gesamten Wahlkampf wird kein CDU-Politiker Ihren SPD-Spitzenkandidaten Torsten Albig so desavouieren, wie Sie das gerade hier im Landtag getan haben“ erklärte er direkt an Stegner gerichtet. Denn während Albig konsequente Einsparungen für erforderlich erkläre, gebe Stegner schon wieder Wahlversprechungen ab.

CDU-Finanzexperte Koch betonte denn auch in seinem Debattenbeitrag über eine Große Anfrage der Grünen Landtagsfraktion zur finanziellen Situation des Landes, dass der Sparkurs der Landesregierung mittlerweile deutschlandweit Anerkennung finde. Er zitierte aus den Stellungnahmen des Stabilitätsrates. Dieser stelle fest: „Die vom Land Schleswig-Holstein beschlossenen Maßnahmen sind ein wichtiger und notwendiger Beitrag zur längerfristigen Konsolidierung des Landeshaushalts. Die Maßnahmen und die vom Land Schleswig-Holstein im Evaluationsausschuss vorgebrachten Argumente für eine Überwindung der aktuell bestehenden drohenden Haushaltslage stellen zunächst auf die Verbesserung der finanziellen Lage in den Jahren 2011 und 2012 ab. Hierzu wurden kurzfristig wirkende Maßnahmen beschlossen, eingeleitet und umgesetzt. Im Rahmen des Konsolidierungsprogramms wurden darüber hinaus einige mittel- und langfristig wirkende Maßnahmen beschlossen. Der Evaluationsausschuss erkennt diese Maßnahmen ausdrücklich an und empfiehlt ihre konsequente Umsetzung.“

Bei den anderen Ländern, die vom Stabilitätsrat bewertet wurden, fänden sich solche Bewertungen nicht. Koch „Dort wird einfach nur festgestellt, dass eine Haushaltsnotlage droht.“

Der Finanzpolitiker warf der Opposition vor, kein belastbares Finanzkonzept zu haben. „Am 6. Mai 2012 haben es die Bürgerinnen und Bürger deshalb mit ihrer Wahlentscheidung in der Hand, welchen Kurs unser Land weiter nimmt: Entweder ungehemmte Verschuldung, wie wir sie bei Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen derzeit erleben, oder eine nachhaltige und verantwortungsvolle Politik von CDU und FDP, die Schluss macht mit immer neuen Schulden“, so Koch.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Grünen Fraktion finden Sie unter: <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1300/drucksache-17-1352.pdf>

IMF Geomar wird Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Deutliche Stärkung des Forschungsstandortes Kiel



Daniel Günther, MdL

In seiner heutigen Sitzung hat der Schleswig-Holsteinische Landtag in erster Lesung über ein Gesetz beraten, dass das IMF Geomar in das „Helmholtz – Zentrum für Ozeanforschung Kiel“ umwandelt. Dem Institut werden dadurch im Jahr 2012 insgesamt über 34,38 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. „Für das Geomar wurde damit ein auskömmlicher Haushalt vereinbart, der die Voraussetzung dafür schafft, das vorhandene Meereswissenschaftliche Forschungspotential und die Arbeitsplätze am Universitätsstandort Kiel zu erhalten, sowie die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen HGF-Zentren zu gewährleisten“, stellte der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Daniel Günther, fest.

„Mit diesem Gesetz verbessern wir strategisch und finanziell die Meeres-, Küsten- und Klimaforschung in Schleswig-Holstein“, so Günther weiter. Der Wechsel in die Helmholtz – Gemeinschaft deutscher Forschungszentren, mit 30.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in 17 Forschungszentren und einem Jahresbudget von drei Milliarden Euro die größte Wissenschaftsorganisation Deutschlands, gefährde auch nicht das so genannte Kieler Modell - die erfolgreiche Zusammenarbeit in Forschung und Lehre zwischen Universität Kiel und IFM Geomar.

Weiterhin werden Berufungen gemeinsam durchgeführt. Es finden Zuweisungen der

Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an das IFM Geomar und eine Lehrverpflichtung von in der Regel vier Semesterwochenstunden statt. Fakt sei, so Günter abschließend: „Mit diesem Gesetz wird der Forschungsstandort Kiel gestärkt. Dies ist ein Gewinn für ganz Schleswig-Holstein.“

Das Gesetz finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1400/drucksache-17-1493.pdf>

Das Bildungs- und Teilhabepaket mit Leben erfüllen! Die Schulsozialarbeit wird deutlich gestärkt



Werner Kalinka, MdL

In der Debatte des Landtages zum Gesetz zur Ausführung des SGB II „Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder“ machte der Landtagsabgeordnete Werner Kalinka deutlich das für die CDU Bildungschancen unteilbar seien. „Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern und nicht von der sozialen Ausgangslage abhängig sein.“

Das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes leistet einen wichtigen Beitrag in diese Richtung. In Schleswig-Holstein sind rund 70.000 Kinder und Jugendliche anspruchsberechtigt. Allerdings laufe die Antragsstellung bisher eher schleppend an. Bisher seien nur von 10% der Leistungsberechtigten Anträge gestellt worden.

Durch das Bildungs- und Teilhabepaket werde die Schulsozialarbeit deutlich gestärkt, so Kalinka. Dafür stehen im Land 25 bis 30 Mio. Euro zur Verfügung. Diese Mittel und die vom Landtag im Haushalt 2011/2012 zur Verfügung gestellten Landesmittel würden dazu beitragen, gute begleitende schulische Maßnahmen sicherzustellen.

„Entscheidend ist jetzt, dass Paket mit Leben zu erfüllen. Schulträger, Vereine, Verbände und Eltern zu motivieren, die Aktivitäten möglichst passgenau zu verzahnen“, erklärte der Sozialpolitiker weiter.

Nicht zu vernachlässigen sei darüber hinaus die Entlastung, die die Kommunen durch die schrittweise Übernahme der Grundsicherung durch den Bund bis 2014 erhalten. „Dieses ist etwas richtig Gutes und Konkretes für die Kommunen“, so Kalinka.

Weitere Informationen zum Bildungspaket finden Sie unter:

<http://www.bildungspaket.bmas.de/>

Treffen der Sozialarbeitskreise von Landtagsfraktion und Kieler Ratsfraktion **Soziale Brennpunkte gibt es nicht nur in Kiel sondern überall in Schleswig-Holstein**

Am vergangenen Dienstag trafen sich die Sozialarbeitskreise von Landtagsfraktion und Kieler Ratsfraktion mit ihren Vorsitzenden Ursula Sassen (MdL) und Jan Wohlfarth (Ratsherr) zu einem intensiven Austausch über die sozialpolitischen Entwicklungen in der Landeshauptstadt.

Im Mittelpunkt des Gespräches stand die Entwicklung im Stadtteil Gaarden. Hervorgehoben wurde dabei die große Akzeptanz und erfolgreiche Arbeit des örtlichen Mehrgenerationenhauses. Hier funktionieren die niedrighschwelligen Angebote für Bedürftige. Das sei aber nicht bei allen sozialen Einrichtungen des Stadtteils der Fall, so die Kieler. Man bräuchte auch in Gaarden, wie im Stadtteil Mettenhof, eine Anzahl von Streetworkern, mit denen eine aufsuchende Sozialarbeit möglich sei. Außerdem müssten die Hilfen besser koordiniert und auf Ihre Wirksamkeit geprüft werden. Dies würde sich besonders positiv auf die erschreckend hohe Drogen- und Alkoholproblematik auswirken.

Wohlfarth schilderte eindringlich, wie nachteilig sich die Kandidatur des Kieler Oberbürgermeisters als SPD Spitzenkandidat für die kommende Landtagswahl gerade auf diese Problemlösungen in der Landeshauptstadt auswirke. Aus Angst etwas Unpopuläres zu beschließen, finde keine Führung statt. Wichtige und notwendige Entscheidungen werden nicht getroffen.

Abschließend wurden weitere Treffen vereinbart, um die Zusammenarbeit zu vertiefen und gemeinsam an Problemlösungen gerade für soziale Brennpunkte zu arbeiten. Denn darüber war man sich einig: Sozialpolitische Herausforderungen gibt es nicht nur in Kiel Gaarden sondern auch in anderen Städten Schleswig-Holsteins. In Gaarden in Blickweite des Landtages treten sie lediglich besonders deutlich in Erscheinung.



Jan Wohlfarth, Ratsherr in Kiel

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de